

## Franke: Ohne Internet geht gar nichts

Wie man die **medizinische Versorgung auf dem Lande** sichern kann, wollte Niels Stöbel wissen. Franke verwies auf die ungleiche Verteilung der Ärzte in Hessen. Nur wenn man die Abrechnung zwischen Kassen- und Privatpatienten angleiche, seien Ärzte bereit auf dem Lande zu arbeiten, wo die Zahl der Privatpatienten geringer als in den Städten sei. Franke forderte die Abschaffung des Numerus clausus: Es müsse ohne Einser-Abi möglich sein, Medizin zu studieren.

Alexander Eifler hinterfragte den **Wehretat**. Die USA verlangten zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes von ihren Nato-Partnern für die Verteidigung. Das sei der völlig falsche Schritt in die falsche Richtung, sagte Franke. Der Staat müsse für gute Ausrüstung sorgen, aber das Geld werde dringend gebraucht, um die Ursachen der Flüchtlingsströme zu bekämpfen.

Die ganze Welt rede vom Internet, in Nordhessen aber gebe es oft keines, betonte Johannes Müller. Die **Digitalisierung** sei die große Herausforderung, betonte Franke: Sie entscheide über das Wohl und Wehe der deutschen Wirtschaft. (bra)

## Köhler: Staat muss schnelles Internet bauen

Wie er in den kommenden Jahren die **Mobilität auf dem Land** sicherstellen möchte, fragte Nadine Wagner. „Beim öffentlichen Personennahverkehr und dem Internetausbau sind wir klar gegen eine Privatisierung“, sagte Matthias Köhler. Bei beiden Themen dürfe es nicht nur um Wirtschaftlichkeit gehen. Mobilität sei im ländlichen Raum sehr wichtig und schnelles Internet stehe schon fast auf einer Stufe mit Wasser und Strom.

Die Freien Wähler stünden für lokale Themen und Bodenständigkeit, antwortete Köhler auf die Frage von Nils Kistner, wie die FW bei der Bundespolitik punkten wolle. Zum Beispiel seien die Kommunen bei der **Betreuung der Flüchtlinge** alleine gelassen worden.

Meeti-Marie Hewig bemängelte die Informationsmöglichkeiten über die Inhalte von Köhler und den Freien Wählern. Es gebe weniger **Informationen und Wahlplakate**, da sich die FW-Kandidaten den Wahlkampf größtenteils selbst finanzieren müssten. Die FW seien mit einem Budget von 350 000 Euro in den Bundestagswahlkampf gegangen, sagte Köhler. (ddd)



Viele Themen: Matthias Köhler und Johannes Müller.



Noch gespannt auf die kommenden Gespräche: Die Teilnehmer des Speeddatings, Politiker wie Jungwähler, stellten sich vor der Fritzlarer Minoritenkirche zum Gruppenbild auf. Danach ging es eine gute Stunde um lebhaft zu an den sieben Tischen der sieben Direktorkandidaten. Eine große Vielfalt an Themen von Naturschutz bis Wehretat, von Flüchtlingen bis Bildung wurden diskutiert. Fotos: Zerkau

# Intensiver Kontakt

Neues Speeddating vor einer Wahl kam bei Teilnehmern gut an

**FRITZLAR.** Gut vorbereitet und mit einer breiten Palette von Themen, die sie interessieren, kamen die jungen Leute aus dem gesamten Wahlkreis 170, von Ernsthausen bis Spangenberg, zum Speeddating nach Fritzlar. In den Gymnasien und bei den Jugendpflegen hatten die HNA-Redaktionen aus Melsungen, Homberg, Schwalmstadt und Frankenberg die künftigen Jungwähler rekrutiert.

An sieben Tischen saßen ihnen die sieben Direktorkandidaten gegenüber, die sich am 24. September zur Wahl stellen. In den wenigen Minuten, die

jedem Frager und auch jedem der Politiker zur Verfügung standen, durfte nicht viel geschwätzt, sondern musste vor allem konkret gesagt werden, was gefragt war. Da war es egal, ob es um Landwirtschaft, Digitalisierung, Nahverkehr, Bildung oder die Flüchtlingsfrage ging. Der enorme Gesprächspegel in dem Raum be-

wies schnell, dass allen Beteiligten der Gesprächsstoff nicht ausging.

„Das können wir noch mal machen“, waren sich letztlich die jungen Leute wie auch die Politiker einig. Im direkten Kontakt sind die Eindrücke doch intensiver als nur über Wahlprogramme und Werbeplakate. (ula)



Angeregte Diskussion: von links Heidemarie Scheuch-Paschkewitz, Redakteurin Sandra Rose und Julius Kistner.

## Scheuch-P.: Keine Einsätze im Ausland

Ginge es nach ihr, dann würde es keine **Auslandseinsätze der Bundeswehr** geben, sagte Scheuch-Paschkewitz auf die Frage von Johannes Müller. In Afghanistan habe sich nichts verbessert, der Drogenanbau zugenommen. Die Taliban besetzen zwei Drittel des Landes. Grundsätzlich sei sie Pazifistin, für eine reine Berufarmee und gegen die Wehrpflicht (Frage: Julius Kistner).

Beim **bedinglosen Grundeinkommen** ist die Politikerin eher dagegen, in ihrer Partei gebe es Gegner und Befürworter. Sie meint, dass ein solches Einkommen mitnichten sozial gerecht sei und soziale Ungerechtigkeit zementiere (Frage: Olivia Hartel). Damit die **Integration** besser gelingt, hätte man mehr Geld in die Hand nehmen müssen (Frage: Sophie Blumenauer). „Ich spreche auch nicht von Flüchtlingskrise, sondern bewusst von Zuwanderung“, betont die Politikerin.

Warum die **Linke in der öffentlichen Meinung** so schlecht dastehe, wollte Maximilian Ries wissen. Das sei geschichtlich begründet, sagt Scheuch-Paschkewitz. Alle emanzipatorischen Bewegungen hätten immer Angst gemacht. (sro)

## Hoffmann: Ab 2030 keine Verbrennungsmotoren

Haben sich die Grünen nicht inzwischen von einer **Protestpartei zu einer anderen CDU** entwickelt? Alexander Hasenpflug (Wasenberg) wollte das von der Politikerin wissen.

Sie konterte damit, dass ursprünglich grüne Themen wie erneuerbare Energie, Atomstopp, Umwelt und Klimaschutz sowie Frauenförderung inzwischen mitten in der Gesellschaft angekommen seien. „Viele hängen sich jetzt nur das grüne Mäntelchen um.“ Weitere Themen:

- **Flüchtlinge** (Ezgi Laleli und anderen): „Wer zu uns kommt, muss eine Perspekti-

ve bekommen. Verfahren müssen wir beschleunigen. Wer bleibt, benötigt mehr Hilfen. Abschiebungen nicht in Länder, wo Menschenrechte nicht gelten.“

- **Dieselvebot** (Johannes Müller): „Keine Neuzulassungen für Verbrennungsmotoren ab 2030, das bedeutet kein sofortiges Fahrverbot. Autobauer haben Milliarden verdient und müssen neue Antriebe entwickeln.“

- **Landwirtschaft** (J. Ochs): „EU-Förderung geht heute hauptsächlich an Großbetriebe. Besser: mehr Geld für die Kleinen, um bäuerliche Landwirtschaft zu stärken.“ (ula)

### DIE FRAGER

Sophie Blumenauer (17, Homberg), Michelle Robus (17, Oberbeisheim), Jacqueline Koshorst (17, Hebel), Nadine Wagner (21, Bad Zwesten), Olivia Hartel (17, Schreufa), Johannes Müller (17, Ernsthausen, beide Waldeck-Frankenberg), Julius Kistner (18, Züschen), Studentin Ezgi Laleli (19, Gudensberg), Alexander Hasenpflug (17, Wasenberg), Maximilian Ries (17, Loshausen), Meeti-Marie Hewig (19, Melsungen), Nils Stöbel (19, Spangenberg), Johannes Ochs (Schlierbach), Nadine Schorbach (Mengershausen) und Jakob Dippel (Lischeid), Alexander Eifler (Fritzlar). (bra)

## Siebert: Wir brauchen den Waffenhandel

Um die Anbindung an **Bus und Bahn** sorgte sich Nadine Wagner. Sie wollte wissen, wie die Menschen besser in die Städte kommen. „Wir haben versucht, einen öffentlichen Personennahverkehr parallel wie den in Südhessen aufzubauen. In Südhessen funktioniert es und in Nordhessen nicht.“ Die Bevölkerung sei für einen wirtschaftlichen Betrieb zu gering. Im ländlichen Raum sei das eigene Fahrzeug immer noch die Basis.

- **Waffenexporte** (Meeti-Marie Hewig): „Wir haben in Europa feste Regeln. Wir dürfen nicht in Länder exportieren, in denen kriegerische Auseinandersetzungen stattfinden. Wir liefern in die Nato-Staaten, in die EU, an befreundete Nationen und Nationen, in denen keine kriegerischen Auseinandersetzungen stattfinden. Wir brauchen den internationalen Handel, um Firmen wie Rheinmetall und Krauss-Maffei Wegmann in Kassel existenzfähig zu halten.“

- **Flüchtlinge** (Maximilian Ries): „Wir wollen ein geordnetes Verfahren herbeiführen, wo Gesamt-Europa beteiligt ist. Es ist eine gemeinsame Last, die muss von allen getragen werden.“ (akl)



Gut gelaunt: Meeti-Marie Hewig und Dr. Edgar Franke.

## Glaser: Der Islam ist keine Religion

Thema Nummer Eins am Tisch von Albrecht Glaser (AFD) waren **Flüchtlinge** beziehungsweise Migranten, wie Glaser mehrere Frager berichtigte. Die Kernthesen: „Man muss vor Ort helfen. Dort kann man mit den gleichen Geldern, die in Deutschland für Integration aufgewendet werden, viel mehr erreichen“, „der Islam ist Kulturlehre und verbindliche Rechtsvorschrift“. Eng verknüpft mit diesem Themenkomplex: die **innere Sicherheit**. „Die Kriminalstatistik zeigt, dass die Kriminalität durch Ausländer steigt. Nur mehr Polizisten helfen nicht.“

Aber es gab auch andere Themen, nach denen die Jugendlichen fragten. Etwa den **Klimawandel**. Antwort Glaser auf zwei Fragen von Johannes Ochs und Jakob Dippel: „Wir glauben nicht an die CO2-Hypothese. Den Klimawandel gibt es, aber wir wissen nicht, was ihn verursacht“. Das **Dieselvebot** sei nicht rational, da andere Länder wie China viel mehr Schadstoffe ausstoßen.

Das Thema **Wirtschaft** wurde nur angerissen. Sophie Blumenauer's Aussage „Die Scheere zwischen Arm und Reich geht in Deutschland auseinander“ sei eine Behauptung, die so nicht stimme. (mia)

## Knell: Beim Verkehr neu denken

Wie kann man die teils schlechten Anbindungen des **öffentlichen Nahverkehrs** zu Schulen verbessern? Das wollten Johannes Ochs, Nadine Schorbach und Jakob Dippel wissen.

Die öffentliche **Infrastruktur**, von Schulbussen bis zum Handyempfang, ist laut Knell in der Region eine Katastrophe. Ihm sei wichtig, hier gleichwertige Lebensverhältnisse wie in den Städten zu schaffen. Dafür müsse man den öffentlichen Nahverkehr, den Straßenbau und die Digitalisierung stärken, damit die Region lebenswert bleibe.

In Sachen Verbesserung des Verkehrs müsse man neues Denken und flexiblere Methoden, wie beispielsweise Bürgerbusse, zulassen.

**Bildung** war für viele ein wichtiges Thema: Michelle Robus fragte, wie Studenten unter der Arme geiffen werden könnten. Indem sie beispielsweise ein **BaFöG** erhalten, das unabhängig von den Eltern und deren Einkommen ist, antwortete Knell. Jeder, der studieren will, müsse einen vernünftigen Satz erhalten, damit er sich vollständig auf das Studium konzentrieren kann.

Deutschland habe keine Rohstoffe, daher müsse in die Köpfe investiert werden. (mle)